



## **Sozialpolitische Programmaussagen der Parteien zur Bundestagswahl 2013**

*Tabellarische Übersicht im Hinblick auf  
die Kernforderungen des SoVD*

---

<http://www.sovd.de/wahlversprechen-2013-tabelle>

Sozialverband Deutschland (SoVD)  
Abteilung Sozialpolitik  
Stralauer Str. 63, 10179 Berlin  
Telefon: 030-726222-0  
Fax: 030-726222-328  
Email: [ragnar.hoenig@sovde.de](mailto:ragnar.hoenig@sovde.de)  
<http://www.sovd.de>

SoVD	CDU/CSU	SPD	FDP	DIE LINKE.	B'90/DIE GRÜNEN
<p>Sozialabbau stoppen – Sozialstaat stärken</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verteilungsgerechtigkeit herstellen</li> <li>• Soziale Sicherung stärken</li> <li>• Menschenwürdiges Existenzminimum gewährleisten</li> </ul>	<p>Die CDU lehnt Steuererhöhungen strikt ab. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen allerdings durch den Abbau der „kalten Progression“ entlastet werden.</p> <p>Bei der Höhe der sog. Hartz IV-Regelsätze sieht die CDU keinen Veränderungsbedarf.</p>	<p>Die SPD plant Steuererhöhungen. Die daraus folgenden Mehreinnahmen sollen ausschließlich für eine geringere Neuverschuldung sowie für Bildung und Infrastruktur verwendet werden. Die Vermögenssteuer soll „auf einem angemessenen Niveau“ wieder eingeführt werden. Der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer soll bei einem Einkommen ab 100.000 Euro und für Eheleute ab 200.000 Euro von 42 Prozent auf 49 Prozent erhöht werden. Auch Kapitaleinkünfte sollen zukünftig stärker mit 32 Prozent besteuert werden.</p> <p>Die Grundsicherung im SGB II und SGB XII soll so gestaltet werden, dass sie die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts erfüllt. Dies gilt insbesondere für eine eigenständige Ermittlung der Bedarfe von Kindern.</p>	<p>Die FDP lehnt Steuererhöhungen ab. Es soll nicht mehr als die Hälfte des Einkommens über Ertragssteuern an den Staat abgeführt werden. Eine Vermögensabgabe und eine Vermögenssteuer sind von der FDP nicht gewollt.</p> <p>Die FDP plant die Einführung eines liberalen Bürgergelds. Dieses soll das Arbeitslosengeld II einschließlich der Leistungen für Wohnen und Heizung, das Sozialgeld, die Grundsicherung im Alter, die Sozialhilfe (ohne Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen), den Kinderzuschlag und das Wohngeld zusammenfassen. Wer Arbeitseinkommen bezieht, soll im Bürgergeldmodell mehr von seinem Einkommen behalten dürfen.</p>	<p>Die Linke fordert eine deutlich stärkere Besteuerung der Wohlhabenden. Der Spitzensteuersatz soll von 42 auf 53 Prozent angehoben werden, bei Einkommen über eine Million Euro auf 75 Prozent. Auch Erbschaften und große Vermögen sollen höher besteuert werden.</p> <p>Der sog. Hartz IV-Regelsatz soll von 382 auf 500 Euro angehoben werden.</p>	<p>Die Grünen planen eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent, die Verdoppelung des derzeitigen Aufkommens aus der Erbschaftssteuer, die Einführung einer Vermögensabgabe für Nettovermögen von mehr als 1 Millionen Euro und die Belastung von Kapitalerträgen mit dem individuellen Steuersatz. Demgegenüber sollen Einkommen von 60.000 Euro im Jahr, geringer besteuert werden als derzeit.</p> <p>Die Grünen wollen den Hartz IV-Regelsatz auf 420 Euro erhöhen.</p>

SoVD	CDU/CSU	SPD	FDP	DIE LINKE.	B'90/DIE GRÜNEN
<p>Engagiert für Menschen mit Behinderungen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bessere berufliche Teilhabe behinderter Menschen</li> <li>• Qualitativ hochwertige inklusive Bildung gewährleisten</li> <li>• Mehr Selbstbestimmung und Teilhabe in der Eingliederungshilfe</li> </ul>	<p>CDU und CSU möchten bessere Arbeitsmarktchancen für behinderte Menschen. Dafür sollen Unternehmen auf freiwilliger Basis gewonnen und durch finanzielle Programme unterstützt werden. Das Persönliche Budget soll auch dann möglich sein, wenn behinderte Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt tätig sind.</p> <p>Behinderte Kinder sollen stärker in den Regelunterricht einbezogen und dabei die bestmögliche Förderung jedes Schülers, Barrierefreiheit, gut ausgebildete Lehrer und genügend Förderlehrerstunden sichergestellt werden. Förderschulen sollen erhalten bleiben, wo dies im Interesse der Kinder liegt.</p> <p>CDU und CSU möchten die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen neu regeln und betonen, dass dies eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei.</p>	<p>Die SPD möchte die Beschäftigungssituation behinderter Menschen auf dem Arbeitsmarkt deutlich verbessern und dafür Tarifpartner und die Arbeitsverwaltung stärker in die Pflicht nehmen sowie die Rechte der betrieblichen Schwerbehindertenvertretungen stärken.</p> <p>Für alle Bildungseinrichtungen soll Inklusion als grundlegendes Prinzip gelten. Die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems möchte die SPD durch intensiven Dialog mit allen Beteiligten begleiten. Das Kooperationsverbot soll durch einen kooperativen Bildungsföderalismus ersetzt werden.</p> <p>Die SPD will ein Bundesleistungsgesetz, das die Behindertenrechtskonvention umsetzt, die Eingliederungshilfe in der bisherigen Form ablöst und eine Teilentlastung der Kommunen erreicht. Die Hilfe zur Inklusion soll als einkommensunabhängiger Anspruch ausgestaltet sein.</p>	<p>Die FDP möchte eine bestmögliche Teilhabe am Arbeitsleben durch Teilzeitangebote, berufliche Fördermaßnahmen und den Ausbau inklusiver Arbeitsplätze. Bei Hilfebedürftigkeit setzt sie auf persönliche Budgets.</p> <p>Die FDP setzt sich für eine gelingende Inklusion im Schulalltag ein. Sie will ein Höchstmaß an organisatorischer, pädagogischer und finanzieller Freiheit für die Schulen und eine individuelle und leistungsorientierte Förderung aller Kinder im differenzierten Schulsystem. Die FDP bekennt sich zum Bildungsföderalismus.</p> <p>Wenn die Eingliederungshilfe durch ein Bundesleistungsgesetz ersetzt wird, sollen die Leistungen für behinderte Menschen personenbezogen ausgestaltet und das Persönliche Budget ausgeweitet und durch Pauschalierung vereinfacht werden. Nachteilsausgleiche sollen einkommensunabhängig gewährt werden.</p>	<p>Um das Recht auf gute Arbeit für behinderte Menschen zu verwirklichen, fordert DIE LINKE, die Mindestbeschäftigungsquote auf 6 % anzuheben und die Ausgleichsabgabe mindestens zu verdreifachen.</p> <p>DIE LINKE fordert, das gegliederte Schulsystem zu überwinden, und eine Gemeinschaftsschule, in der Behinderung normal ist. Kein Kind soll mehr auf eine Sonderschule verwiesen werden. Daher soll der Bund seine Verantwortung finanziell und inhaltlich stärker wahrnehmen. Die erforderlichen Rahmenbedingungen und finanziellen Mittel sollen bereitgestellt werden, damit das Recht auf inklusive Bildung in allen Bildungswegen für das gesamte Leben gesichert ist.</p> <p>DIE LINKE fordert ein bundeseinheitliches Teilhabesicherungsgesetz. Die Leistungen sollen ohne Einkommens- und Vermögensprüfung bedarfsdeckend zur Verfügung gestellt werden.</p>	<p>DIE GRÜNEN befürworten eine Erhöhung der Beschäftigtenquote von 5 auf 6 %. Sie wollen Alternativen zur Werkstatt für behinderte Menschen und setzen dabei auf betriebsintegrierte Beschäftigungen in allen Formen.</p> <p>DIE GRÜNEN wollen, dass allen Kindern das gemeinsame Lernen offensteht. Schulen sollen gemischte pädagogische Teams aufbauen können und mit der Vielfalt der Kinder konstruktiv umgehen, damit bisherige Sonder- und Förderschulen perspektivisch entbehrlich werden. Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern soll aufgehoben werden.</p> <p>Die Eingliederungshilfe soll durch ein Teilhabeleistungsgesetz abgelöst werden. Die Leistungen sollen aus der Sozialhilfe gelöst und der Kostenvorbehalt sowie die Einkommens- und Vermögensabhängigkeit gestrichen werden. Die Ziele der BRK sollen dabei befördert werden.</p>

SoVD	CDU/CSU	SPD	FDP	DIE LINKE.	B'90/DIE GRÜNEN
<p>Mehr soziale Sicherheit im Alter und bei Erwerbsminderung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rückkehr zu lohnorientierten Rentenanpassungen</li> <li>• Leistungsverbesserungen bei Erwerbsminderungsrenten</li> <li>• Altersarmut wirksam bekämpfen</li> </ul>	<p>CDU und CSU sprechen sich für das Drei-Säulen-Modell der Alterssicherung aus und wollen eine verlässliche Beteiligung der Rentnerinnen und Rentner an der Einkommensentwicklung. Beziehende einer Erwerbsminderungsrente sollen mit einer spürbaren Erhöhung ihrer Rentenansprüche besser gestellt werden. Auch die Anpassung des Reha-Budgets wollen CDU und CSU verbessern.</p> <p>Für die bessere Anerkennung von Lebensleistungen wollen CDU und CSU für Versicherte, die 40 Jahre rentenversichert sind und privat vorgesorgt haben, einen Zuschuss zur Rente auf 850 Euro einführen. Ferner sollen die Erziehungsleistungen für vor 1992 geborene Kinder ab 2014 mit einem zusätzlichen Entgeltpunkt berücksichtigt werden. Für Selbständige soll es eine allgemeine Vorsorgepflicht mit Wahlrecht geben.</p>	<p>Die SPD will, dass das heutige Leistungsniveau bis 2020 aufrechterhalten bleibt. 2020 soll eine Neubewertung von Beitragssatz- und Leistungsziel stattfinden. Die Erwerbsminderungsrente soll durch einen abschlagsfreien Rentenzugang und durch eine Verlängerung der Zurechnungszeiten verbessert werden.</p> <p>Mit einer steuerfinanzierten Solidarrente will die SPD sicherstellen, dass alle, die 40 Jahre der gesetzlichen Rentenversicherung angehört und 30 Jahre Beiträge gezahlt haben, eine Rente von nicht unter 850 € erhalten. Wer die Solidarrente nicht erreicht, soll diesen Betrag innerhalb einer zweiten Säule der Grundsicherung erhalten. Ferner soll die Erziehung von vor 1992 geborenen Kindern in der Alterssicherung besser berücksichtigt werden. Die Soloselbständigen sollen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden.</p>	<p>Die FDP will die gesetzliche Rente zu einem stärkeren Maße durch private und betriebliche Vorsorge ergänzen. Die Rücknahme der vergangenen Rentenreformen wird strikt abgelehnt. Um der Gefahr zukünftiger Altersarmut entgegenzuwirken, will die FDP das Einkommen aus privater und betrieblicher Vorsorge nur teilweise auf die Grundsicherung im Alter anrechnen. Private Vorsorge soll für jeden, auch Geringverdiener, attraktiv gemacht werden. Familien- oder sozialpolitische Leistungsausweitungen dürfen nicht über Beitragsmittel finanziert werden. Die FDP lehnt die Erwerbstätigenversicherung als „Einheitsversicherung“ ab.</p>	<p>DIE LINKE. will, dass das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung wieder auf 53 % erhöht wird. Weiterhin soll die Möglichkeit geschaffen werden, die in Riester-Verträgen erworbenen Ansprüche auf die gesetzliche Rente zu übertragen.</p> <p>Bei den Erwerbsminderungsrenten sollen der Zugang erleichtert und die Abschläge abgeschafft werden.</p> <p>DIE LINKE will eine solidarische Mindestrente in der gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von 1.050 Euro netto, damit niemand im Alter ein Einkommen unterhalb der Armutsrisikogrenze hat. Außerdem fordert DIE LINKE, dass alle Erwerbseinkommen, also auch die von Selbständigen, Beamtinnen und Beamten sowie Politikerinnen und Politikern in die Rentenversicherung eingehen.</p>	<p>DIE GRÜNEN halten die private und betriebliche Alterssicherung nach wie vor wichtig für die Lebensstandardsicherung im Alter. Sie wollen ein angemessenes Rentenniveau bei stabilen Beiträgen erreichen.</p> <p>DIE GRÜNEN wollen, dass die Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente abschaffen, wenn die Rente allein aufgrund medizinischer Diagnose und Prüfung gewährt wird.</p> <p>Der wachsenden Altersarmut wollen DIE GRÜNEN unter anderem mit einer steuerfinanzierten Garantierente von mindestens 850 Euro für alle Neurentnerinnen und Neurentner mit 30 Versicherungsjahren begegnen. Davon sollen auch Frauen mit Zeiten der Erziehung von vor 1992 geborenen Kindern profitieren. Ferner wollen sie die gesetzliche Rente schrittweise zu einer BürgerInnenversicherung weiterentwickeln.</p>

SoVD	CDU/CSU	SPD	FDP	DIE LINKE.	B'90/DIE GRÜNEN
<p>Solidarische Krankenversicherung bedarfsgerecht ausbauen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bürgerversicherung einführen</li> <li>• Einseitige Belastungen abschaffen</li> <li>• Bedarfsgerechtes Leistungsspektrum gewährleisten</li> </ul>	<p>CDU und CSU stehen zu einem solidarischen Gesundheitswesen, in dem Hilfe für Kranke und Eigenverantwortung zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Die Private Krankenversicherung leistet einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit und zur Umsetzung von Innovationen.</p> <p>CDU und CSU bekennen sich zum Wettbewerb der Krankenkassen. Die Zusatzbeiträge stellen insoweit ein wesentliches Wettbewerbsmoment dar.</p> <p>Eine gute Erreichbarkeit von Ärztinnen und Ärzten sowie Krankenhäusern auch im ländlichen Bereich muss nach Ansicht von CDU und CSU gewährleistet werden. Die medizinischen Leistungen müssen möglichst wirksam und wirtschaftlich gestaltet werden. Gesundheitsförderung, Eigenverantwortung und Vorsorge sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die nicht allein über die sozialen Sicherungssysteme gelöst werden können.</p>	<p>Die SPD will gleiche Gesundheitschancen für alle und will daher eine Bürgerversicherung mit der Gesetzlichen Krankenversicherung als tragende Säule. Die Krankenkassen sollen einen Wettbewerb um die beste Qualität führen.</p> <p>Die SPD will, dass die von den Krankenkassen festgelegten Beiträge wieder paritätisch getragen werden. Der Zusatzbeitrag soll abgeschafft und ein stetig steigender Steuerzuschuss eingeführt werden.</p> <p>Die SPD möchte Versorgungsmängel im ländlichen Bereich, in strukturschwachen Regionen und sozialen Brennpunkten überwinden. Prävention und Gesundheitsförderung sind der SPD ebenfalls wichtig. Deshalb soll die Prävention in Lebenswelten wie Kita usw. ausgebaut werden. Dafür fordern sie ein gemeinsames Handeln der Sozialversicherungsträger, Länder und Kommunen.</p>	<p>Für die FDP bedarf es einer starken Privaten Krankenversicherung und einer Stärkung der Kapitaldeckung. Das Kostenerstattungsprinzip soll auch in der Gesetzlichen Krankenversicherung eingeführt werden. Sie sprechen sich gegen eine Einheitskasse mit einer Einheitsversorgung aus.</p> <p>Die Zusatzbeiträge sollen bestehen bleiben und der Sozialausgleich aus Steuermitteln erfolgen.</p> <p>Für die FDP muss eine hochwertige medizinische Versorgung auch künftig kostengünstig für alle verfügbar sein. Sie befürwortet den Einsatz von Telemedizin und will das wohnortnahe Apothekennetz sichern. Überbordende Dokumentation gelte es zu vermeiden. Im Bereich der Prävention sollen alle Beteiligten (Arbeitgeber, Kommunen, Krankenkassen usw.) im Rahmen ihrer Zuständigkeiten ihre Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung wahrnehmen. Die Altersmedizin soll in den Fokus gerückt werden.</p>	<p>Nach Auffassung der Partei DIE LINKE muss eine Bürgerversicherung eingeführt und die Private Krankenversicherung auf Zusatzleistungen beschränkt werden. Alle Einkommensarten sollen beitragspflichtig und die Beitragsbemessungsgrenze aufgehoben werden.</p> <p>Zusatzbeiträge, Zuzahlungen und der Sonderbeitrag von 0,9 % müssen abgeschafft werden.</p> <p>DIE LINKE tritt für eine gute flächendeckende und barrierefreie Versorgung mit Arztpraxen ein. Zudem fordert sie eine sektorübergreifende Bedarfsplanung von Ärztinnen und Ärzten, Krankenhäusern und anderen Gesundheitsberufen. Alle medizinisch notwendigen Leistungen müssen von der Krankenkasse bezahlt werden. Es darf keine Rationierung der medizinischen Angebote geben. Im Bereich der Prävention sollen soziale Ursachen für ungleiche Chancen auf Gesundheit verringert werden.</p>	<p>DIE GRÜNEN wollen eine Bürgerversicherung, in der die Gesetzliche und die Private Krankenversicherung nach gleichen Regeln handeln. Alle Einkommensarten sollen beitragspflichtig und die Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau in der Rentenversicherung angehoben werden.</p> <p>Zuzahlungen sollen abgeschafft werden. Wettbewerb soll allein über die Qualität und die Patientenorientierung geführt werden.</p> <p>Die wohnortnahe Versorgung soll verbessert werden. Im Bereich der Krankenhäuser müssen Fehlanreize beseitigt werden. Die Vergütung muss insbesondere steigende Personalkosten berücksichtigen und sich stärker an der Qualität orientieren. Die Prävention soll zielgruppenorientiert und von allen Sozialversicherungsträgern, aber auch der Privaten Krankenversicherung, ausgerichtet werden.</p>

SoVD	CDU/CSU	SPD	FDP	DIE LINKE.	B'90/DIE GRÜNEN
<p>Pflegerrisiko solidarisch absichern</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Pflege-Bürgerversicherung einführen</li> <li>• Häusliche Pflege stärken</li> <li>• Pflegebedürftigkeit neu definieren</li> </ul>	<p>Zur Bürgerversicherung finden sich keine Aussagen im Programm von CDU und CSU. Zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung soll u. a. der Beitrag moderat erhöht werden. Ferner setzen CDU und CSU auf Eigenverantwortung, z. B. durch den Abschluss von privaten Pflegezusatzversicherungen.</p> <p>Zur Stärkung der häuslichen Pflege wollen CDU und CSU, dass ältere pflegebedürftige Menschen ihren Alltag besser in der eigenen Wohnung selbstständig, selbstbestimmt und weitgehend ohne fremde Hilfe bewältigen können. Wohnortnahe Versorgungsangebote sollen entwickelt werden, die älteren Menschen auch in ländlichen Regionen eine dauerhaft gute Versorgung wohnortnah gewährleisten.</p> <p>CDU und CSU wollen eine besser abgestufte Bestimmung der Pflegebedürftigkeit einführen, die den Grad der Selbständigkeit der Betroffenen berücksichtigt.</p>	<p>Die SPD möchte die Bürgerversicherung einführen. Bei den Pflegebeiträgen soll die tatsächliche Parität wiederhergestellt und die Solidarität zwischen hohen und niedrigen Einkommen gestärkt werden. Ferner soll eine stetig ansteigende Steuerfinanzierung erreicht werden.</p> <p>Zur Stärkung der häuslichen Pflege soll es v. a. bessere Bedingungen dafür geben, dass pflegebedürftige Menschen in den eigenen vier Wänden wohnen können. Dazu sollen die verschiedenen Angebote vor Ort ausgebaut und besser vernetzt, die Leistungen der Pflegeversicherung passgenauer ausgestaltet und Angehörige besser unterstützt und lokale Unterstützungsnetzwerke gefördert werden.</p> <p>Damit die Pflegeversicherung den verschiedenen Lebenslagen gerechter werden kann, möchte die SPD einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff zum Kernelement einer Pflegereform machen.</p>	<p>Die FDP lehnt die Bürgerversicherung als politischen Umverteilungsmechanismus und Bürgerzwangsversicherung ab.</p> <p>Zur Stärkung der häuslichen Pflege hat die FDP v.a. den Verbleib in den eigenen vier Wänden im Fokus. Dazu sollen ambulante Pflegedienste gestärkt, technische Assistenzsysteme wie der Hausnotruf ausgebaut, sowie der Barrierefreiheit ein größerer Stellenwert eingeräumt werden.</p> <p>Um den speziellen Problemen von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen gerecht zu werden, möchte die FDP die Kriterien zur Pflegebedürftigkeit von körperlichen Verrichtungen hin zu einer Einstufung anhand der noch vorhandenen Selbständigkeit ändern.</p>	<p>DIE LINKE setzt sich für die Einbeziehung aller Einkommen in eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege ein.</p> <p>Um den Betroffenen die Möglichkeit zu bieten, sich fachgerecht zu Hause pflegen zu lassen, fordert DIE LINKE einen Ausbau des bezahlbaren, barrierefreien Wohnraums sowie eine deutliche Anhebung des Leistungsniveaus der Pflegeversicherung.</p> <p>DIE LINKE fordert, dass der seit 2009 vorliegende neue Pflegebegriff und das neue Begutachtungsverfahren vom Gesetzgeber endlich umgesetzt wird, damit kognitive und/oder psychische Einschränkungen ebenso wie körperliche erfasst werden.</p>	<p>DIE GRÜNEN wollen eine Pflege-Bürgerversicherung einführen, in die alle Bürgerinnen und Bürger sowie alle Einkommen einbezogen sind. Damit soll die Beitragsentwicklung trotz Leistungsverbesserungen bis weit in die Zukunft überschaubar und zumutbar bleiben.</p> <p>Um häusliche Pflege zu unterstützen, wollen DIE GRÜNEN pflegende Angehörige durch ein Netz aus professioneller Hilfe und bürgerschaftlichem Engagement stärker entlasten, ambulante Versorgungs- und Entlastungsangebote im Quartier stärken, eine grüne Pflegezeit einführen, das persönliche Pflegebudget einführen sowie die trägerunabhängige Pflegeberatung ausbauen.</p> <p>Sie wollen ferner den Pflegebedürftigkeitsbegriff erweitern. So soll gerade für die zunehmende Zahl der Demenzkranken eine bessere Versorgung gewährleistet und ihre Diskriminierung innerhalb der Pflegeversicherung beseitigt werden.</p>

SoVD	CDU/CSU	SPD	FDP	DIE LINKE.	B'90/DIE GRÜNEN
<p>Sozialen Schutz bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sichern</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Arbeitsmarkt wieder regulieren</li> <li>Gesetzlichen Mindestlohn einführen</li> <li>Soziale Sicherheit bei Arbeitslosigkeit wiederherstellen</li> </ul>	<p>Hinsichtlich der Regulierung des Arbeitsmarkts sehen CDU und CSU keinen Veränderungsbedarf.</p> <p>CDU und CSU lehnen einen gesetzlichen Mindestlohn zwar weiterhin ab, meinen aber, es sei Sache der Politik, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Menschen die Chance auf einen ordentlichen Lohn haben. Deshalb sollen in Bereichen, in denen es keine Tarifverträge gibt, Arbeitgeber und Gewerkschaften gesetzlich verpflichtet werden, einen tariflichen Mindestlohn festzulegen.</p> <p>Die Union hält die bestehenden Regelungen im SGB III z. B. hinsichtlich der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für ausreichend.</p>	<p>Die SPD möchte mit diversen Vorhaben den Arbeitsmarkt wieder regulieren. Dazu plant sie u. a. Regelungen im Minijobbereich, zu Leiharbeit und zur Einschränkung von Werkverträgen.</p> <p>Die SPD will einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro einführen.</p> <p>Die SPD setzt sich dafür ein, dass Arbeitslosengeld I gewährt wird, wenn innerhalb einer Rahmenfrist von drei (anstelle jetzt zwei) Jahren mindestens 12 Monate Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt wurden.</p>	<p>Eine Reregulierung des Arbeitsmarkts lehnt die FDP ab.</p> <p>Einen allgemeinen, flächendeckenden und gesetzlichen Mindestlohn lehnt die FDP ab.</p> <p>Die bestehenden Regelungen bzgl. des Bezugs von Arbeitslosengeld I hält die FDP für ausreichend.</p>	<p>DIE LINKE fordert die Position von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch die Einführung zahlreicher arbeitsmarktrechtlicher Regelungen zu stärken; So soll z. B. Leiharbeit verboten und der Einsatz von Werkverträgen stark eingeschränkt werden. Minijobs sollen in vollwertige Arbeitsverhältnisse mit Sozialversicherungspflicht umgewandelt werden.</p> <p>DIE LINKE setzt sich ein für einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von zunächst 10 Euro. Der Mindestlohn soll jährlich steigen – bis auf 12 Euro zum Ende der Wahlperiode.</p> <p>DIE LINKE will die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I verlängern. Die Rahmenfrist zur Erlangung eines Anspruchs soll von zwei auf drei Jahre erhöht werden.</p>	<p>DIE GRÜNEN haben umfassende Reformen des Arbeitsmarktsektors im Programm. So sollen prekäre Beschäftigung zurückgedrängt und Minijobs durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ersetzt werden. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sollen ab dem ersten Tag den gleichen Lohn wie die Stammbeschäftigten erhalten.</p> <p>Die Grünen wollen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde einführen.</p> <p>Eine Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I ist von den GRÜNEN nicht vorgesehen. Der Anspruch auf Arbeitslosengeld I soll gewährt werden, wenn mindestens vier Monate innerhalb von zwei Jahren Beiträge gezahlt wurden. Mit der Dauer der Beitragszahlung soll der Anspruch steigen.</p>

SoVD	CDU/CSU	SPD	FDP	DIE LINKE.	B'90/DIE GRÜNEN
<p>Frauen und Männer konsequent gleichstellen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Betreuungsgeld stoppen – Krippen und Kindertagesstätten ausbauen</li> <li>• Berufliche Teilhabe von behinderten Frauen gezielt fördern</li> <li>• Eigenständige Existenzsicherung von Frauen gewährleisten</li> </ul>	<p>CDU und CSU wollen den Ausbau von Kindertagesstätten weiter vorantreiben, das Betreuungsgeld aber nicht wieder abschaffen.</p> <p>Behinderte Frauen werden nicht genannt.</p> <p>CDU und CSU fordern gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit. Sie wollen bei jungen Frauen für Berufe werben, die bislang als typische „Männerberufe“ gelten. Die Arbeit in der Betreuung und frühkindlichen Bildung soll aufgewertet werden, auch die Bezahlung. Ferner wollen sie die Rückkehr aus einer Familienphase oder von der Teilzeit- zur Vollzeitbeschäftigung durch einen Rechtsanspruch erleichtern. Mit der „Flexi-Quote“ wollen CDU und CSU von Unternehmen fordern, eine verbindliche Frauenquote für Vorstand und Aufsichtsrat festzulegen. Das Ehegattensplitting soll erhalten und um ein Familiensplitting ergänzt werden. Kindergeld und Kinderzuschlag sollen erhöht werden.</p>	<p>Die SPD will das Betreuungsgeld wieder abschaffen und das dadurch gesparte Geld komplett in den Ausbau von Kitas und Tagespflege investieren.</p> <p>Behinderte Frauen werden nicht genannt.</p> <p>Die SPD will, dass Frauen und Männer im Berufsleben gleichgestellt sind. Frauen sollen für gleiche und gleichwertige Arbeit gleich bezahlt werden wie Männer. Hierzu will sie ein Entgeltgleichheitsgesetz auf den Weg bringen. Mit einer Familienarbeitszeit will die SPD Eltern ermöglichen, ihre Arbeitszeit zeitlich befristet partnerschaftlich zu reduzieren. Ferner will sie den Rechtsanspruch auf Reduzierung der Arbeitszeit um ein Rückkehrrecht zur alten Arbeitszeit ergänzen. Es soll verbindliche Regelungen für die Förderung von Frauen in allen Betriebshierarchien geben. Für künftige Ehen soll ab einem Stichtag anstelle des Ehegattensplittings ein Partnerschaftstarif gelten.</p>	<p>Die FDP will das eingeführte Betreuungsgeld auf den Prüfstand stellen. Der Ausbau des qualitativ hochwertigen Betreuungsangebots für unter Dreijährige soll weiter vorangetrieben werden.</p> <p>Behinderte Frauen werden nicht genannt.</p> <p>Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, will die FDP die Nutzung von flexiblen Arbeitszeitmodellen, Heimarbeitsmöglichkeiten und den Wechsel zwischen Voll- und Teilzeit in Unternehmen erleichtern. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst soll durch Selbstverpflichtung erhöht werden; eine gesetzliche Quote lehnt die FDP ab. Das Ehegattensplitting soll beibehalten, aber die Steuerklasse V abgeschafft werden, weil sie die Erwerbstätigkeit besonders für Frauen nach einer Familienpause häufig unattraktiv macht. Die Freibeträge für Kinder sollen schrittweise angehoben werden.</p>	<p>DIE LINKE fordert anstelle des Betreuungsgeldes einen flexiblen Elterngeldanspruch von zwölf Monaten pro Elternteil (bzw. 24 Monate für Alleinerziehende).</p> <p>Für Frauen und Mädchen mit Behinderung fordert DIE LINKE verbindliche Maßnahmen, um Mehrfachdiskriminierung aufzuheben.</p> <p>Eine geschlechtergerechte Gesellschaft beginnt nach Auffassung der LINKEN mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, im Beruf, in der Politik, in der Bildung, in den Medien. Die LINKE fordert, Betriebe, die Frauen in nicht frauentypischen Berufen oder Männer in nicht männertypischen Berufen ausbilden, gezielt zu fördern. Ferner setzt sie sich für ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft ein. Das Ehegattensplitting soll nach Auffassung der LINKEN abgeschafft werden. Stattdessen setzt sie sich für eine individuelle Besteuerung und eine bessere Förderung des Zusammenlebens mit Kindern ein.</p>	<p>Die GRÜNEN wollen das Betreuungsgeld abschaffen und fordern einen Anspruch auf ganztägige Betreuung sowie den bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagsbetreuung in allen Altersgruppen.</p> <p>Für Frauen und Mädchen mit Behinderungen müssen nach Auffassung der GRÜNEN frauengerechte Rahmenbedingungen in Ausbildungs-, Arbeits- sowie Rehabilitierungsstätten geschaffen werden, die auch die Bedarfe von Müttern mit Behinderungen berücksichtigen.</p> <p>Um die Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt zu beenden, fordern die Grünen ein Entgeltgleichheitsgesetz sowie ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Notwendig ist auch eine familienfreundliche Unternehmenskultur, um dem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. Statt der Ehe wollen die GRÜNEN Kinder fördern. Das Ehegattensplitting wollen sie deshalb durch eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Existenzminimum ersetzen.</p>



SoVD	CDU/CSU	SPD	FDP	DIE LINKE.	B'90/DIE GRÜNEN
<p>Europa sozial gestalten</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ein soziales Deutschland für ein soziales Europa</li> <li>• Keine Verschlechterung sozialer Standards</li> <li>• Umfassende und nachhaltige Bekämpfung der Krise, ihrer Ursachen, Symptome und Folgen</li> </ul>	<p>Für CDU und CSU stehen die nachhaltige Stärkung der wirtschaftlichen Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit der EU mit dem Fokus auf Wachstum und Beschäftigung im Vordergrund. Dazu brauche es einen gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt.</p> <p>CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass die Kernkompetenz der Mitgliedstaaten in der Sozialpolitik erhalten bleibt. Politische Entscheidungen auf EU-Ebene sollen die sozialen Standards in Deutschland nicht verschlechtern, sondern dazu beitragen, dass sich die sozialen Standards in der ganzen EU gemäß der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verbessern.</p> <p>CDU und CSU lehnen eine „Vergemeinschaftung“ von Schulden durch Eurobonds ab. Sie setzen dafür auf vereinheitlichte Mindeststandards für nationale Einlagerungssysteme. Zur Einhaltung des Stabilitäts-, Wachstums- und Fiskalpakts sollen die Überwachungsrechte der Kommission gegenüber den nationalen Haushalten gestärkt werden.</p>	<p>Die SPD bekennt sich klar dazu, dass die europäische Marktwirtschaft eine starke europäische Sozialunion braucht. Die sozialen Grundrechte sollen nicht den Marktfreiheiten des Binnenmarktes untergeordnet sein. Ferner soll im EU-Primärrecht eine soziale Fortschrittsklausel verbindlich verankert werden.</p> <p>Der SPD geht es nicht um die Vereinheitlichung der nationalen Sozialsysteme in Europa. Sie setzt sich für soziale Mindeststandards in Europa ein, um Sozialsysteme gegen den Wettbewerb um niedrigste soziale Rechte und Standards zu schützen. Dabei sollen diese europäischen Standards nicht nationale Standards ersetzen.</p> <p>Zur Bewältigung der Finanzmarkt-, Banken- und Schuldenkrise fordert die SPD einen „Neustart“ für die EU mit klaren Regeln für die Märkte, eine gemeinsame Bankenaufsicht sowie einen gemeinsamen europäischen Schuldentilgungsfonds. Die Kosten der Bankensanierungen sollen von den Banken selbst getragen werden.</p>	<p>Der Fokus der FDP liegt auf der Stärkung der Wirtschaftsunion, der Stabilisierung der Währung, Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, Haushaltskonsolidierung und Wachstum.</p> <p>Im Bereich der Sozialpolitik, der sozialen Sicherungssysteme und der Sozialpartner fordert die FDP die Beachtung von Kompetenzen und des Subsidiaritätsprinzips bei europäischen Normierungsvorhaben. Sie hält dezentrale Lösungen für notwendig. Die Sozialpolitik soll Kernaufgabe der Mitgliedstaaten bleiben.</p> <p>Die FDP positioniert sich klar gegen eine Schuldenunion und Eurobonds. Sie will das Haftungsvolumen im Bundeshaushalt begrenzen und das Haushaltsrecht des Bundestages sichern.</p>	<p>DIE LINKE setzt sich für einen Neuanfang in Europa ein. Sozialstaatlichkeit soll zu den Zielen und Werten der EU gehören und höchste Priorität bei der Umsetzung der EU-Politiken haben. Soziale Gerechtigkeit muss im Mittelpunkt einer neuen wirtschaftlichen Entwicklung der EU stehen. In die Verträge soll eine "Soziale Fortschrittsklausel" aufgenommen werden, die den sozialen Grundrechten Vorrang vor den "Grundfreiheiten" einräumt. Außerdem sollen gemeinsame soziale Standards und „Korridore“ definiert und umgesetzt werden.</p> <p>Sozialstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit sollen wiederhergestellt werden, indem die Verursacher und Profiteure der Krise zur Krisenintervention und zur finanziellen und sozialen Entlastung der Menschen herangezogen werden; Finanzmärkte demokratisch kontrolliert und gesteuert werden; Reichtum und Finanztransaktionen besteuert werden.</p>	<p>Aus Sicht der GRÜNEN braucht die EU eine neue Perspektive. Sie wollen die soziale Dimension der EU stärken.</p> <p>Um den Unterbietungswettbewerb der Mitgliedstaaten bei sozialen Standards zu stoppen, treten die GRÜNEN für eine soziale Fortschrittsklausel ein. Diese eine stärkere Balance gegenüber den Marktfreiheiten herstellen. Zu einem sozialen Europa gehören für DIE GRÜNEN gemeinsame soziale Mindeststandards. Auch die EU selbst muss für allgemeine hohe soziale Standards sorgen.</p> <p>Zur Bewältigung der Krise und ihrer Folgen setzen sie sich u. a. für einen europäischen Schuldentilgungspakt, Eurobonds, ein klares und geordnetes Staateninsolvenzverfahren, eine strikte Regulierung von Finanzmärkten mit einer gemeinsamen Bankenaufsicht ein.</p>